

presse

AG Bildung und Forschung

PISA-Studie verdeutlicht Bedeutung des sozialen Umfeldes für Bildungserfolg

Ernst Dieter Rossmann, bildungs- und forschungspolitischer Sprecher:

Am 19. April 2017 hat die OECD eine neue Studie zum Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern im Rahmen der PISA-Untersuchungen vorgestellt. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die OECD nun auch vermehrt den sozialen Rahmenbedingungen von Bildungserfolg und –scheitern zuwendet. Die Studie zeigt unter anderem, wie wichtig die Zuwendung durch Eltern und Lehrkräfte und wie weit verbreitet Mobbing in der Schule ist.

Gute Bildungsförderung gelingt besonders gut dort, wo das soziale Umfeld die Entwicklung der Kinder aktiv unterstützt. Diese Tatsache macht die aktuellste PISA-Studie zum Wohlbefinden von Schülerinnen und Schülern deutlich.

Es ist der OECD und den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu danken, dass sie sich von einer vornehmlich nach quantitativen Indikatoren abhängigen Analyse von Bildungserfolgen und –scheitern lösen und den Blick auf wichtige Rahmenfaktoren richten.

Es ist erschreckend, wenn über 15 Prozent aller Schülerinnen und Schüler mehrmals im Monat Opfer von Mobbing werden. Auch die hohe Prüfungs- und Versagensangst in der Schule ist ein Problem, das wir dringend über Unterstützungs- und Fördermaßnahmen angehen müssen.

Wenn nun in einer ersten Reaktion der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes fordert, solche Studien gehörten abgeschafft, dann ignoriert er aus ideologischen Gründen bewusst, dass die Stärkung der Bildungsförderung mit einer Analyse der Probleme und Realitäten beginnen muss.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Wir brauchen eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen in einer langfristig angelegten Bildungsallianz. Daher ist es gut, dass der Bundestag aktuell darüber

berät, das Kooperationsverbot zumindest für den Bereich der Schulsanierung aufzubrechen. Mobbing, Prüfungsangst und soziale Benachteiligung lassen sich durch eine gute Personalausstattung und eine professionelle Schulsozialarbeit bekämpfen. Der Bund sollte hierzu im Interesse der jungen Generationen einen Beitrag leisten.